

**10 Jahre Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler im
Freistaat Sachsen/Schlesische Lausitz (LVS)
sowie
Bedeutsame Jahrestage 2021 für Vertriebenen und Spätaussiedler**

Vor 10 Jahren, am 3. September 2011, wurde der Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen/Schlesische Lausitz (LVS) in Dresden als Dachverband gegründet.

Am 3. Oktober 2021 wurde dieses Jubiläum im Rahmen des 9. Treffens der Chöre der Vertriebenen und Spätaussiedler begangen. Der Festredner, Friedrich Zempel, erinnerte auch an die Jahrestage des Jahres 2021, die für die Vertriebenen und Spätaussiedler bedeutsamen sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Heimatfreunde,

vor 10 Jahren, 66 Jahre nach dem Kriegsende, wurde unser Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen/Schlesische Lausitz gegründet. Dass diese Gründung so viele Jahre nach dem Krieg erfolgte, wird Menschen, die die Vorgeschichte der Vertreibung und Aussiedlung nicht kennen, verwundern. Ich möchte daher anhand der in dieses Jahr fallenden Jahrestage die Vorgeschichte aufzeigen.

Zu den uns betreffenden bedeutsamen Jahrestage gehörten die Reichsgründung vor 150 Jahren, die Volksabstimmung in Oberschlesien vor 100 Jahren, die Deportation der Deutschen in Russland vor 80 Jahren, die Deportation der Deutschen aus dem Banat vor 70 Jahren, der Bau der Mauer vor 60 Jahren, die Ausrufung des Kriegsrechts in Polen vor 40 Jahren, die Gründung der Vertriebenenverbände in Sachsen vor 30 Jahren und die Insolvenz des BdV-Landesverbandes Sachsen vor 20 Jahren.

Zunächst erinnere ich daran, dass wir heute den Tag der Deutschen Einheit feiern können. Die friedliche Revolution von 1989 und der 1990 erfolgte Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland haben für alle Deutschen, für Europa und die Welt vieles zum Guten verändert. Alle, die von diesen Veränderungen betroffen sind, haben Grund, denjenigen zu danken, die durch die friedliche Revolution diese Veränderungen herbeigeführt haben. Auch wir, die Vertriebenen und Spätaussiedler in Sachsen, sind für die Wiedervereinigung dankbar. Vermutlich sind aber nicht alle von uns über die Konsequenzen der Wiedervereinigung einer Meinung mit Ausnahme eines Punktes. Im Zuge der Vertreibung bzw. Aussiedlung wurden viele Familien getrennt und in verschiedenen Teilen Deutschlands untergebracht. Der Anteil der getrennten Familien war unter uns größer als unter den gebürtigen Mitteldeutschen. Nach der Wiedervereinigung konnten endlich wieder normale familiäre Beziehungen gepflegt werden.

Vor 150 Jahren, am 18. Januar 1871, wurde Deutschland ein erstes Mal wieder vereinigt. Dieses Datum verdient eine eingehende Würdigung, die ich im Rahmen eines Vortrages, der sich mit vielen anderen Daten befasst, nicht leisten kann. Ich will nur auf wenige Aspekte hinweisen.

Die Reichsgründung fiel in eine Zeit des weltweit aufbrechenden Nationalismus. Der Nationalismus war keine Erfindung der Konservativen, sondern der Liberalen. Er galt im 19. Jahrhundert als fortschrittlich. Mit Ausnahme der Schweiz erfasste er alle europäischen

Nationen und Staaten. Die katholische polnische Minderheit in den deutschen Ostprovinzen geriet unter Assimilierungsdruck der protestantisch dominierten preußischen Regierungen. Die Polen waren jedoch nicht bereit, ihre Religion und Nationalität aufzugeben. Daher stärkten die Assimilierungsbestrebungen ihren Wunsch, wieder in einem geeinten Staat zu leben. Es geriet in Vergessenheit, dass bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts der ganz überwiegende Teil aller in Preußen lebender Polen loyale Staatsbürger gewesen waren.

In den Mittel- und osteuropäischen Staaten lebten damals für die deutschen Minderheiten. Auch sie gerieten unter Assimilierungsdruck. Ihre Rechte wurden beschnitten. 10-tausende Familien wanderten aus. Es begann ein Exodus der Deutschen aus dem Osten, der bis heute anhält und nur während des Krieges durch das verbrecherische NS-Regime für einige Jahre umgedreht wurde und Millionen Opfer forderte.

Der nach der Reichsgründung einsetzende weltweit bewunderte wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland vollzog sich vor allem in den Industriezentren in Westfalen, Sachsen, Berlin und Oberschlesien. In den ländlichen ost- und mitteldeutschen Provinzen fand kein Wachstum statt. Da der Gedanke der Strukturförderung noch unterentwickelt war, blieb dieser Teil Deutschlands in der wirtschaftlichen Entwicklung zurück. Die Universitäten im Osten wurden nicht im gleichen Maß ausgebaut wie im Westen. Sie verloren an Bedeutung und Anerkennung. Beispielsweise verlor die Universität Königsberg im Bereich der Mathematik ihre weltweit führende Stellung, weil im Verlaufe des 19. Jahrhunderts viele Wissenschaftler an westliche Universitäten wechselten. Auch ein großer Teil der Jugend wanderte ab. Für sie wurde damals der Begriff des „Sachsendängers“ geprägt.

Vor 100 Jahren, im März 1921, wurde auf Grundlage des Versailler Vertrages in Oberschlesien darüber abgestimmt, ob dieser Teil Schlesiens bei Deutschland verbleiben darf oder an Polen abgetreten werden muss.

Der wieder begründete polnische Staat verfügte über wenig Industrie. Aus diesem Grund wollte er sich das oberschlesische Industriegebiet mit seinen Steinkohle- und Erzvorkommen einverleiben. Polen begründete seine Forderungen mit der Tatsache, dass die Mehrheit der Polnisch- oder Schlesisch-Sprecher eine Ableitung des Polnischen sprach.

Um mit militärischen Mitteln vollendete Tatsachen zu schaffen und die Bevölkerung einzuschüchtern, provozierte Polen 1919, 1920 und 1921 drei kleine Grenzkriege, bei denen mehrere 1000 Kämpfer ums Leben kamen. Parallel zu den Kämpfen arbeitete Polen auf der politischen Ebene auf eine Volksabstimmung hin, die im März 1921 durchgeführt wurde.

Bei der Abstimmung votierten 60 % der Bewohner Oberschlesiens für den Verbleib bei Deutschland. Mit Blick auf die folgenden 24 Jahre ist es interessant zu wissen, dass sich die jüdischen Oberschlesier vermutlich zu 100 % für Deutschland entschieden.

Das Abstimmungsergebnis wurde von Frankreich und Polen nicht akzeptiert. Beide Länder setzten eine Teilung Oberschlesiens durch.

Die Teilung missachtete nicht nur die Mehrheitsentscheidung. Sie war auch aus anderen Gründen problematisch und ungerecht.

Zwar blieben 54 % der Fläche bei Deutschland, aber nur rund 30 % der Industrieanlagen und nur rund 25 % der Rohstoffvorkommen. Außerdem war eine sinnvolle Grenzziehung nach den lokalen Mehrheitsverhältnissen praktisch unmöglich. In fast der Hälfte der Landkreise stimmte die Landbevölkerung mehrheitlich für Polen, während die Stadtbevölkerung mehrheitlich für Deutschland stimmte. Beispielsweise entschieden sich in dem bevölkerungsreichen Landkreis Kattowitz nur 46 % der Stimmberechtigten für Deutschland, in der Stadt Kattowitz lag die Zustimmungsrate für Deutschland dagegen bei 83 %. Stadt und Kreis Kattowitz mussten trotzdem an Polen abgetreten werden. Die Kreise Groß Strehlitz und Tost / Gleiwitz blieben bei Deutschland, obwohl sich in diesen Kreisen die Mehrheit für eine Abtretung an Polen

ausgesprochen hatten. Dagegen kam der Kreis Lublinitz trotz seiner deutschen Mehrheit zu Polen. Im Kreis Cosel, von wo die Großeltern von Annalena Baerbock als Aussiedler nach Deutschland kamen, hatten bei der 1910 durchgeführten Volkszählung 75 % der Bevölkerung angegeben, dass Polnisch ihre Muttersprache sei, während bei der Abstimmung 75 % für Deutschland stimmten. Der Kreis blieb bei Deutschland.

Der Verlust des oberschlesischen Industriegebietes wurde von der deutschen Öffentlichkeit und den großen Parteien nicht akzeptiert. Von der NSDAP wurde er für die Propaganda instrumentalisiert und war einer der Vorwände für den Beginn des Zweiten Weltkrieges.

Vor 80 Jahren, am 22 Juni 1941, überfielen deutsche Truppen die UdSSR.

Zu diesem Zeitpunkt lebten noch rund 1,4 Millionen Deutsche in der Sowjetunion. Die Betonung liegt hier auf dem Wort „noch“; denn seit dem Beginn des Ersten Weltkrieges waren bereits rund 700.000 Deutsche deportiert, vertrieben oder ermordet worden.

Bereits wenige Tage nach dem deutschen Einmarsch begannen die Benachteiligungen und Entlassungen von sowjetischen Bürgern deutscher Volkszugehörigkeit aus wichtigen Positionen im Militär, der Verwaltung, der Wissenschaft und der Wirtschaft.

Am 28. August 1941 wurden die Deutschen, soweit ihre Siedlungsgebiete nicht bereits von den deutschen Truppen erobert worden waren, unter Kommandantur gestellt und ihnen die Bürgerrechte aberkannt. Innerhalb weniger Monate wurden sie in den asiatischen Teil der UdSSR deportiert.

Die meisten Männer und heranwachsende männliche Personen kamen in Arbeitslager im nördlichen Sibirien. Es herrschte allgemeine Willkür. Sogar viele Mütter von kleinen Kindern wurden deportiert und in Arbeitslager gesteckt. Nach sowjetischen Angaben wurden bis Juni 1942 1,2 Millionen Deutsche deportiert.

Das Schicksal der Deutschen in Russland, die 1941 in den Gebieten lebten, die vor Beginn der Deportationsmaßnahmen von deutschen Truppen überrannt wurden, war nicht weniger tragisch. Mehrere 100.000 wurden im Rahmen der Aktion „Heim ins Reich“ vom Deutschen Reich in von Polen annektierte Gebiete oder in das „Altreich“ zwangsumgesiedelt. Nach dem Kriegsende wurden 200.000 Deutsche aus Russland aus allen Besatzungszonen, auch aus den Westzonen, nach Sibirien zwangsrepatriert. Ihre Behandlung war so, als wollte die UdSSR die Strafmaßnahmen nachholen, denen sie bisher entgangen waren.

Bis zur Aufhebung der Deportationserlasse am 1. Januar 1956 wurden schätzungsweise weitere 700.000 Deutsche ermordet oder starben an den Folgen der Deportation vorzeitig.

Vor dem Hintergrund dieser Geschichte müssen wir begreifen, dass für die Deutschen aus Russland die Feier des Tages der Heimat mit der Erinnerung an gute Zeiten in der alten Heimat stets einen bitteren Beigeschmack hat; denn bereits in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts begann in Russland der Entzug von feierlich zugesicherten Rechten wie ein selbstständiges Schulwesen und die unbeschränkte Religionsausübung. Bezeichnenderweise heißt die Zeitschrift der Deutschen aus Russland „Volk auf dem Weg“. Wie für viele jüdische Familien ist ihre Heimat keine geographische Region, sondern die Familien und die Freunde.

Vor 70 Jahren, im Juni 1951, begann in Rumänien die Deportation von rund 40.000 als systemkritisch betrachteten Personen aus dem rumänisch-jugoslawischen Grenzgebiet. Unter ihnen waren 10.000 Banater Schwaben. Die Deportierten wurden in der Donauebene in der Baragansteppe ausgesetzt, um sie zu kultivieren. Sie mussten sich mit wenigen Geräten selbst Erdhöhlen als Unterkünfte bauen. Die Arbeitsbedingungen waren ähnlich unmenschlich wie in den Lagern in Sibirien mit der Ausnahme, dass das Klima erträglicher war. 1956 konnten sie die Steppendörfer verlassen und in ihre Heimat zurückkehren. In den zurückliegenden Jahren waren ihre Häuser entweder verfallen oder von Anderen in Besitz genommen worden.

Angemerkt werden muss, dass die Deportation von 1951 der zweite Deportationswelle war, unter der die Banater Schwaben zu leiden hatten. Eine erste Deportationswelle hatte es bereits bei Kriegsende gegeben. Damals wurden über 30.000 Banater Schwaben in die UdSSR deportiert

Vor 60 Jahren, am 13. August 1961, wurde die Berliner Mauer gebaut. Die Vertriebenen und Spätaussiedler waren durch diese Maßnahme besonders betroffen, weil seit der Vertreibung oder Aussiedlung viele Familien in ganz Deutschland verstreut lebten. Von nun an waren normale familiäre Kontakte für fast 30 Jahre ausgeschlossen.

Es wird Sie überraschen, dass ich auch den 30. Oktober 1961 erwähne. An diesem Tag wurde das deutsch-türkische Anwerbeabkommen abgeschlossen. In den folgenden Jahren kamen rund 1 Millionen türkische „Gastarbeiter“ in die Bundesrepublik. Sie verstärkten den Anteil der Türken, die zur Ausbildung oder zum Studium nach Deutschland gekommen und geblieben waren. Parallel zu der Zuwanderung der Türken nahm in der westdeutschen Bevölkerung die Auffassung zu, die Abtrennung der deutschen Ostprovinzen und die Vertreibung der dortigen Bevölkerung sei eine gerechte Strafe für die Verbrechen des NS-Regimes und den 2. Weltkrieg. Diese Auffassung wurde von den meisten Ausländern geteilt, nicht jedoch von den Türken. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden weit über 1 Millionen Muslime vom Balkan in die Türkei vertrieben. Der Vertreibungsdruck auf Muslime hielt auch an, nachdem die Balkanstaaten kommunistisch geworden waren. Muslime wurden in Bulgarien genauso schlecht behandelt wie die Deutschen in der UdSSR. Die Türken in der Bundesrepublik hatte daher für die deutschen Vertriebenen Verständnis und Empathie. Dies zeigte sich nicht nur unter Gebildeten in Gesprächen an den Hochschulen, sondern auch an den Arbeitsplätzen in der Industrie.

Vor 40 Jahren, am 13. Dezember 1981, wurde in Polen das Kriegsrecht ausgerufen und die wenigen demokratischen Freiheiten abgeschafft. Ursächlich für die Ausrufung des Kriegsrechts waren die schlechte Versorgungslage und sich dagegen richtenden Proteste der Gewerkschaft Solidarnosc seit dem Sommer 1980. Viele Vertriebene hatten in den Jahren zuvor Kontakte zu den jetzt in ihrer alten Heimat lebenden Polen aufgenommen. Die Aussiedler bzw. Spätaussiedler hatten ohnehin in aller Regel nach ihrer Übersiedlung in die Bundesrepublik alte Kontakte in die Heimat gepflegt. Jetzt bot sich die Gelegenheit, sich für eine freundliche Aufnahme bei Besuchen in der alten Heimat zu bedanken. Als ich im Frühjahr 1981 Vertriebenengruppen in Australien besuchte, konnte ich feststellen, dass sogar aus Melbourne und Adelaide Waschpulver, Körperpflegemittel und Damenstrümpfe nach Polen geschickt wurden. Nach der Ausrufung des Kriegsrechts nahmen die Paketsendungen aus der Bundesrepublik zu. Statistiken über die Paketsendungen nach Polen kenne ich nicht. Ich habe aber eigene Beobachtungen. In den achtziger Jahren bin ich in Westdeutschland mehrfach umgezogen. In jeder größeren Stadt und in vielen Kleinstädten gab es Treffpunkte, an denen regelmäßig polnische Spediteure Pakete für Polen entgegennahmen. Die privaten Paketdienste waren verlässlicher und billiger als die staatliche Post. Geldscheine musste man nicht mehr in Schokoladepäckchen oder Konservendosen verstecken, sondern konnte sie ganz normal in Briefumschläge legen. Die große Mehrheit der Absender, die ich an den verschiedenen Abgabestellen traf, waren Vertriebene oder Aussiedler. Sehr viele kannte ich aus den Vertriebenenorganisationen. Zwischen manchen Vertriebenen gab es einen regelrechten Wettbewerb, wer mehr Pakete schickt.

Die Gründung des BdV-Landesverbandes Sachsen vor 30 Jahren war sicherlich nicht von weltpolitischer Bedeutung wie die anderen genannten Ereignisse. Sie war aber die Folge eines weltpolitischen Ereignisses, der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung.

In der DDR wurden öffentliche Erinnerungen an die Heimat- oder Herkunftsgebiete der Vertriebenen und Spätaussiedler nicht geduldet. Nach der friedlichen Revolution von 1989 konnten sie sich endlich zu ihrer Herkunft und Geschichte bekennen. Bereits kurz nach dem 3. Oktober 1990 begannen Vorbereitungen zur Gründung von BdV-Gruppen. In der Ausgabe 3/2016 der Verbandszeitung des LVS schildert Edith Wellnitz, dass am 12. Oktober 1990 16 Personen in der CDU-Geschäftsstelle in Dresden zusammengekommen waren, um einen BdV-Landesverband Sachsen/Niederschlesien zu gründen. Es folgten weitere Sitzungen. Erster Landesvorsitzender wurde Rudi Dombrowski, Stellvertreter Kai Reimann und Schatzmeisterin Frau Wellnitz. Am 16. März 1991 wurde der Landesverband des BdV in das Vereinsregister eingetragen. Am 17. Juli 1991 verfügte er bereits über 29 Gruppen sowie eine fast gleich große Anzahl Kontaktadressen von Personen, die Gruppen gründen wollten. Es begann eine stürmische Aufwärtsentwicklung. Beispielsweise hatte der Kreisverband Freiberg Ende 1991 bereits über 1.000 Mitglieder. Im Herbst 1992 meldete die Presse, dass der BdV-Landesverband über 25.000 Mitglieder verfügte. Ein Verband von dieser Größe konnte in kurzer Zeit nur mit Hilfe von außen aufgebaut werden. Der BdV-Bundesverband und die Bundesverbände der Landsmannschaften leisteten bereitwillig Hilfe. Immer wieder kamen Berater nach Sachsen oder Mitglieder von Vorständen führen zu Seminaren oder in die Geschäftsstellen der Verbände in den alten Ländern. Führende Vertreter der Vertriebenenverbände kamen zu Kundgebungen und Vorträgen, unter anderem Dr. Herbert Hupka und Hartmut Koschyk.

Mit Berichten über die Verbandsarbeit der Vertriebenen und Spätaussiedler in den neunziger Jahren durch ehrenamtliche Helfer und Vorstände könnte man Bücher füllen.

Unsere Arbeit wurde auch durch die Gesellschaft anerkannt; denn wir haben unsere Geschichte als Teil der deutschen und europäischen Geschichte betrachtet und gepflegt.

Mehrere unserer Mitglieder wurden von Kommunen ausgezeichnet oder erhielten das Bundesverdienstkreuz. Ministerpräsident Prof. Dr. Bienenkopf empfing regelmäßig Abordnungen des BdV-Landesverbandes.

Die Verbandsarbeit wurde aber nicht nur ideell anerkannt, sondern auch staatlich gefördert. Der Freistaat gewährte Zuwendungen nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes.

In den neunziger Jahren wurde durch den BdV-Landesverband eine Gruppenversicherung für Sterbegeld bei der Hamburg-Mannheimer-Versicherung abgeschlossen. Dadurch sparte die Versicherung Ausgaben für die Mitgliederbetreuung und zahlte einen Teil der Ersparnisse an den BdV aus. Die Erträge aus diesem Abkommen betragen Mitte der Neunzigerjahre jährlich über 50.000 DM.

Viele Gruppen suchten Kontakte in die Heimat- und Herkunftsgebiete und führten Hilfsaktionen durch - beispielsweise nach Uhlenhorst in Nordostpreußen, nach Stolp in Pommern, nach Waldenburg in Schlesien, nach Ungarn und Rumänien. Bei den Hilfsaktionen wurde auch die nichtdeutsche Bevölkerung bedacht.

Auf der politischen Ebene wurden Großveranstaltungen organisiert, um Forderungen auf eine Entschädigung für erlittenes Leid und erlittene Vermögensverluste durchzusetzen. Mehrmals wurden Busfahrten zu Protestveranstaltungen in Dresden und Berlin durchgeführt.

Die Proteste waren erfolgreich. Am 1. Januar 1994 trat das Vert.ZuwG in Kraft, durch das alle Vertriebenen und viele Spätaussiedler eine Entschädigung von 4.000 DM erhielten.

Die positive Entwicklung endete vor 20 Jahren im Dezember 2001 nachdem der BdV-Landesverband Insolvenz angemeldet hatte. Die Meinungen über die Schuldigen gehen in

unseren Reihen nach wie vor auseinander. Daher will ich dieses Ereignis nicht näher kommentieren. Ich will aber nicht verschweigen, dass durch das Insolvenzverfahren mehrere unschuldige Mitglieder des Landesvorstandes mit großen Geldbeträgen privat haften mussten. Ein Mitglied war gezwungen, sein Haus zu verkaufen.

In den folgenden Jahren führten die Kreis- und Ortsgruppen sowie die Landesgruppen der Landsmannschaften trotz der Insolvenz ihre Arbeit weiter. Ihre Tätigkeit wäre ohne die umsichtige finanzielle Förderung des Freistaates gemäß § 96 BVFG durch Herrn Dr. Baumann vom sächsischen Staatsministerium des Innern zum Erliegen gekommen.

Die landesweite Vertriebenenarbeit wurde zunächst von dem BdV-Kreisverband Freiberg und später durch den Verein Erinnerung und Begegnung erledigt. Diese beiden Vereine gründeten 2010 die Stiftung „Erinnerung, Begegnung, Integration – Stiftung der Vertriebenen im Freistaat Sachsen“.

Weil die Erstellung eines Insolvenzplans durch Ungeschicklichkeit in den eigenen Reihen gescheitert war und der BdV-Landesverband sich aufgelöst hatte, wurde begonnen, einen neuen Landesverband unter anderem Namen aufzubauen. In anderen Bundesländern hatte sich gezeigt, dass es sinnvoll ist, wenn die Landesorganisation der Vertriebenen von einer Person geleitet wird, die entweder selbst im Landtag ist oder gute Beziehungen zu einer großen Landtagsfraktion hat. Als einzige Landtagsfraktion hatte die CDU einen vertriebenenpolitischen Sprecher gewählt. Es war der Landtagsabgeordnete Frank Hirche aus Hoyerswerda. Er wurde gebeten, für das Amt des Vorsitzenden eines neuen Landesverbandes der Vertriebenen zu kandidieren. MdL Frank Hirche nahm die Herausforderung an. Vor 10 Jahren, am 3. September 2011, wurde er von den Delegierten der BdV-Orts- und Kreisgruppen sowie einiger Landesgruppen von Landsmannschaften im Dorint Hotel in Dresden zum Vorsitzenden des „Landesverbandes der Vertriebenen und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen/Schlesische Lausitz“ gewählt. In dieses Amt wurde er 2015 und 2019 mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Die Gründungsversammlung am 3. September war noch in einer weiteren Hinsicht erfolgreich. Der Journalist Mario Morgner vertrat bei der Veranstaltung den BdV-Kreisverband Vogtland. Er erklärte sich bereit, eine neue Verbandszeitung zu gründen. Vor 10 Jahren, im November 2011, erschien die erste Probenummer. Seither erscheint die Zeitung zwei- bis viermal jährlich. Seine Aufgabe erfüllte Mario Morgner mit Leidenschaft und ungeheurer Anerkennung bis zu seinem frühen Tod im Jahr 2019. Wir haben ihn im vergangenen Jahr postum mit der goldenen Ehrennadel des Bundesverbandes des BdV geehrt.

In den ersten Jahren nach der Gründung des Landesverbandes organisierte zunächst noch der Verein Erinnerung und Begegnung die meisten landesweiten Veranstaltungen, insbesondere Tage der Heimat, Treffen der Chöre, Wanderausstellungen, Schülerwettbewerbe, Seminare und Gedenktage in Abstimmung mit dem Landesverband und mit finanzieller Förderung des Freistaates Sachsen. Seit 2019 übernahm der Landesverband diese Aufgaben schrittweise.

Ein großer Erfolg von Frank Hirche war, dass er in Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion 2014 erreichte, dass der Landtag des Freistaates Sachsen einen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung eingerichtet hat, der seither regelmäßig am 2. Sonntag im September in der Regel im Plenarsaal des sächsischen Landtages begangen wird.

2014 wurde Frank Hirche zum Vorsitzenden des Stiftungsrates der Stiftung „Erinnerung, Begegnung, Integration“ gewählt.

2015 begann die Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler mit den Vorbereitungen zur Schaffung einer Erinnerungs-, Begegnungs- und außerschulischen Bildungsstätte in Hoyerswerda. Zunächst war beabsichtigt, die neue Einrichtung in dem von der Deutschen Bahn an Privatleute verkauften Bahnhof in Hoyerswerda unterzubringen. Diese Pläne scheiterten jedoch trotz vieler Vorbereitungen 2019 an den Kosten. Da in den vorangegangenen Jahren die Stiftung viele Exponate gesammelt hatte, die dringend ordnungsgemäß untergebracht werden mussten, war es erforderlich, schnell eine andere Lösung zu finden. Glücklicherweise hatte das Museum „Energiefabrik Knappenrode“ zeitgleich ihr bisheriges Ausstellungsgebäude aufgegeben, um große Räume zu beziehen. Diese Räume wurden von der Stiftung mit finanzieller Förderung des Freistaates angemietet und werden seither ausgebaut.

Die im Frühjahr 2020 begonnene Pandemie hat in vieler Hinsicht dieses Vorhaben durch höhere Preise und Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Auftragnehmern erschwert. Dennoch konnte am 12. September 2021 der 1. Bauabschnitt durch den sächsischen Staatsminister des Innern, Prof. Dr. Roland Wöllner, eröffnet werden.

Wer die neue Einrichtung besucht, wird beeindruckt sein, aber feststellen, dass in Zukunft noch viel zu tun ist. Hierzu wünsche ich allen Akteuren viel Erfolg und bitte alle Mitglieder und Unterstützung.